

Beruf und Miliztätigkeit

Eine Studie hat die Rolle der Unternehmen untersucht

Wie halten es die Aargauer Firmen mit der Milizarbeit?

Mehr Lohn für Gemeinderäte soll die Milizarbeit attraktiver machen. Nach dieser Forderung vor einigen Wochen nahm eine Studie nun die Rolle der Arbeitgeber unter die Lupe.



VON MATHIAS KÜNG

Das Milizsystem steht unter Druck: Schweizweit hat rund die Hälfte aller Gemeinden Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Mitgliedern für ihre Exekutiven. Da stellen sich viele Fragen: Wie akzeptiert ist eigentlich die Tätigkeit von Milizpolitikern in der Wirtschaft? Fördern Firmen solche Engagements, oder sind sie im beruflichen Umfeld gar hinderlich? Sind Pensenreduktionen möglich, damit ein Exekutivamt in der Gemeinde drinliegt?

Das Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) und die Gemeindeamänner-Vereinigung Kanton Aargau liessen dies untersuchen und gaben dem Schweizerischen Institut für öffentliches Management unter Leitung von Professor Reto Steiner den Auftrag für eine Studie. 565 Aargauer Firmen haben an der Befragung teilgenommen. Mehr als die Hälfte der untersuchten Unternehmen beschäftigt einen oder mehrere Mitarbeiter, die neben dem Beruf noch ein öffentliches Amt ausüben.

Aufgeschlüsselt nach Branchen ergibt sich folgendes Bild: In den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung

sowie Leder, Holz, Papier und grafische Erzeugnisse beschäftigen über 70 Prozent der Firmen Mitarbeitende, die nebenher ein öffentliches Amt bekleiden. Bei Banken und Versicherungen sind es 68 Prozent und in der öffentlichen Verwaltung sowie in den Bereichen Unterricht, Gesundheit, Sport und Kultur 60 Prozent. Mit Abstand am wenigsten Mitarbeiter mit Milizamt stellt das Gastgewerbe (28 Prozent). Das ist unter anderem damit zu erklären, dass dort Arbeitszeit und abendliche Gemeinderatsitzungen am stärksten kollidieren.

Die meisten sind Kader

Wer in einem Gemeinderat sitzt, trägt meistens auch in der Firma viel Verantwortung. 69 Prozent der Miliztätigen haben in ihrer Firma nämlich eine Kaderstelle inne, weitere 6 Prozent sind beruflich Selbstständige. Diese Personen haben einerseits bereits durch den Beruf eine hohe Belastung, andererseits sind sie in der Arbeitszeiteinteilung in der Regel flexibel, was die Vereinbarkeit von Beruf und Milizamt erleichtert.

Fast die Hälfte der Firmen sehen sich in einer aktiven Rolle bei der Förderung des Milizsystems. Über 80 Prozent unterstützen die Miliztätigkeit ih-

rer Mitarbeitenden. Doch wie? Mit 60 Prozent am meisten verbreitet sind flexible Arbeitszeiten, gefolgt von individuellen Vereinbarungen (38 Prozent), Teilzeitarbeit (37 Prozent). 34 Prozent der Firmen geben an, Mitarbeitende zur Kandidatur für ein öffentliches Amt zu ermutigen. Einen (teilweisen) Erlass der Arbeitszeiten kennt jede fünfte Firma, und jede zehnte regelt öffentliche Engagements gar mit Bestimmungen im Betriebsreglement.

«Aargauer Unternehmen messen dem Milizsystem hohe Bedeutung bei.»

Fazit aus der Studie

Doch was versprechen sich Firmen, wenn Mitarbeitende in Milizämtern tätig sind, wo sehen sie Nachteile? Aufschluss gibt die Grafik unten. Netzwerk dank Politik sehen die Arbeitgeber als grössten Vorteil für ihre Firma. Dass ein Unternehmen wegen eines Milizamts seines Mitarbeiters mehr Aufträge erhält, glauben dagegen weniger als 10 Prozent. Als grössten Nachteil (64 Prozent) sehen die Firmen die häufigen Abwesenheiten im Betrieb.

Angst vor Vetternwirtschaft

Haben Firmen mit öffentlichen Ämtern von Mitarbeitenden schon negative Erfahrungen gemacht? Studienleiter Steiner konnte mehrere herauskristallisieren: Zum Beispiel negative Auswirkungen auf das Image der Unternehmung und die Kundenbeziehungen, Abwesenheiten und Terminkollisionen, Interessenskonflikte zwischen der politischen Gesinnung der Person im Milizamt und den Interessen der Unternehmung, aber auch weniger öffentliche Aufträge, da der Vorwurf der «Vetternwirtschaft» befürchtet werde.

Tieferes Salär für jeden sechsten

Rund 30 Prozent der Unternehmungen schliessen mit Mitarbeitenden in öffentlichen Ämtern individuelle Vereinbarungen ab. Darin werden die Abwesenheiten und die Reduktion bzw. auch Kompensation der Arbeitszeit geregelt. Bei 17 Prozent der befragten Firmen müssen die Mitarbeiter mit Milizamt eine Gehaltsreduktion in Kauf nehmen.

Und das empfehlen die Firmen den Gemeinden zur Erhaltung des Milizsystems:

- Milizämter adäquat entlohnen. Ob Pauschalen oder Stundenabrechnun-

gen geeigneter seien, wird kontrovers diskutiert

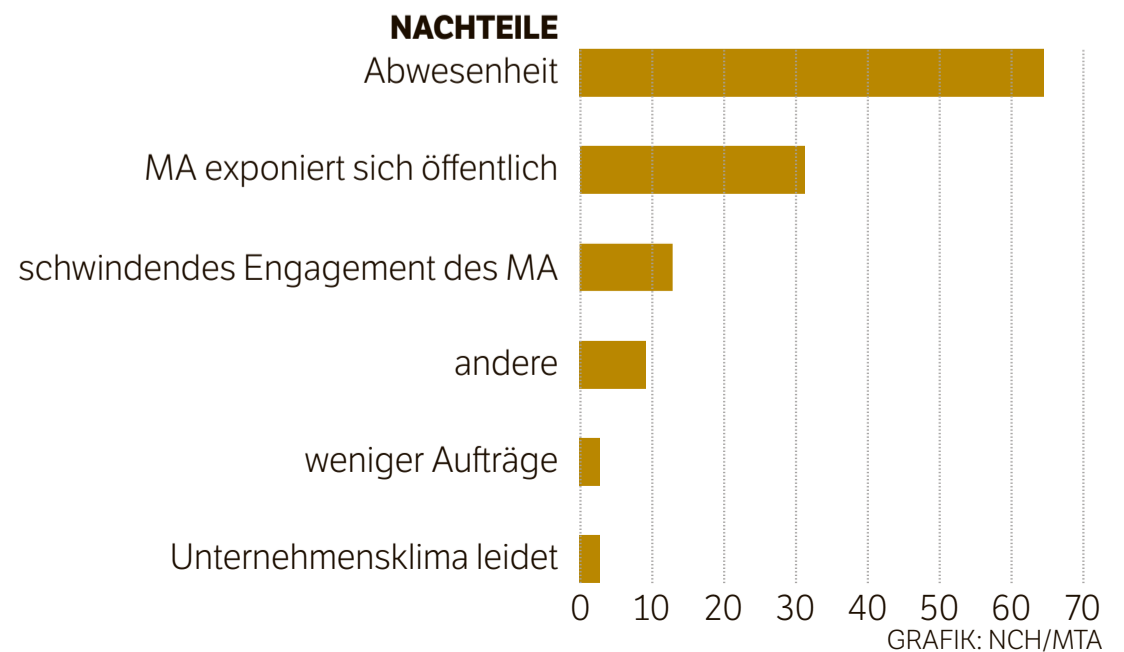
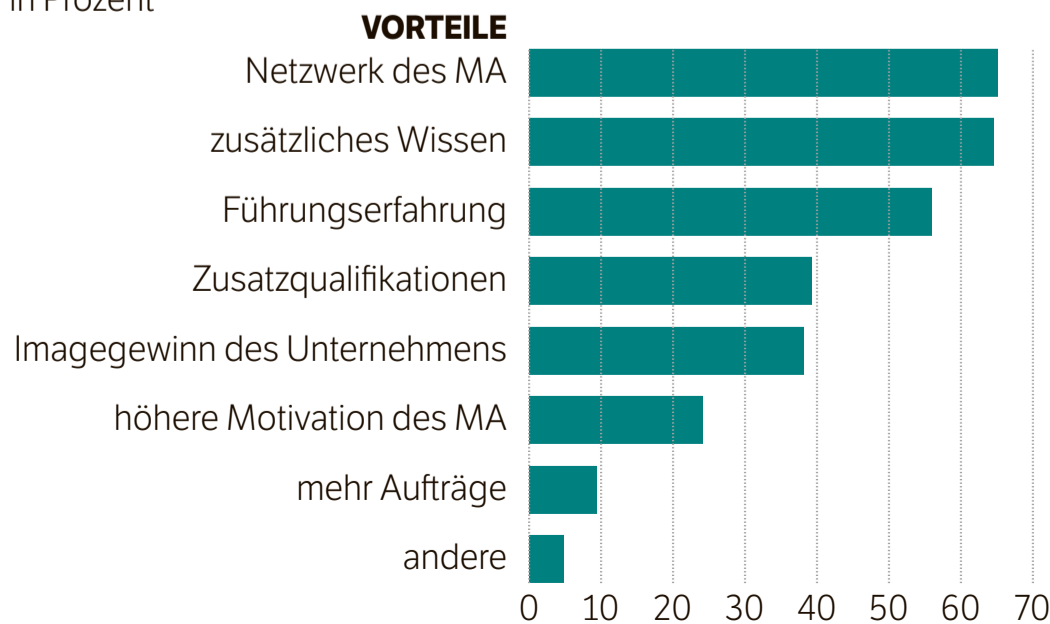
- Teilzeitpensen einführen sowie (finanzielle) Anreize für Unternehmen mit Mitarbeitenden im Milizamt
- aktiv um Mitarbeiter werben und die Vorteile der Milizarbeit aufzeigen
- Termine zu Randzeiten festlegen
- Einführungskurse für Gemeindeämter (siehe Box rechts)
- generell verstärkte Anerkennung und Wertschätzung der Milizarbeit. Das wirke sich positiv auf das Image des Gemeinderatsamtes aus und damit der zunehmenden Schwierigkeit entgegen, Personen für diese Ämter zu finden.

Die Studie: Befragt wurden die Mitglieder der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)** sowie des Aargauischen Gewerbeverbandes (AGV). 565 Unternehmen beteiligten sich, also 9,8 Prozent der Angefragten. Der Begriff der Miliztätigkeit bezieht sich auf das Engagement in öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Einwohner- und Kirchgemeinden, Schulpflegen, Kommissionen). Nicht einbezogen wurden das Engagement in Vereinen, Militär, Zivilschutz, sozialen Institutionen, private Freiwilligenarbeit.

(MKU)

SO SEHEN AARGAUER UNTERNEHMEN DIE MILIZTÄTIGKEIT IHRER MITARBEITER

in Prozent



QUELLE: STUDIE IPM.SWISS

GRAFIK: NCH/MTA



Diskutierten über Milizarbeit von Berufstätigen: Reto Steiner, Uni Bern
Urs Hofmeier, Geschäftsführer Schweizer Salinen AG; Urs Hofmann, Regierungsrat; Daniel Knecht, Präsident Aargauische Industrie- und Handelskammer; Renate Gautschy, Präsidentin Gemeindeammänner-Vereinigung; Kurt Schmid, Präsident Aargauischer Gewerbeverband; Stefan Indermühle, Geschäftsführer Indermühle AG.

KURSE

Einstieg in die Gemeindepolitik

Wer gut vorbereitet ein politisches Amt übernehmen möchte, kann sich jetzt in einem massgeschneiderten Kurs darauf vorbereiten. Das Stapferhaus im Schloss Lenzburg vermittelt in einem achteiligen Kurs solides Grundwissen und gibt Einblicke in die wichtigsten Ressorts der Gemeindepolitik. Verantwortlich für die Kursinhalte ist die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft. Mehr Infos zu den Kursen auf www.stapferhaus.ch

«Es ist ein brutaler Kampf da draussen»

Podium Politik- und Wirtschaftsvertreter diskutieren über das Milizsystem - und finden sich bei den Löhnen.

VON PETER BRÜHWILER

Donald Trump ist derzeit omnipräsent. Auch im Gemeindesaal Möriken-Wildegg war der Schatten des designierten US-Präsidenten am Donnerstagabend zu spüren. Gewissermassen als Warnung. «In der Schweiz nehmen wir den Staat nicht als etwas fremdes, bürgerfernes oder gar feindliches wahr», erklärte Regierungsrat Urs Hofmann anlässlich der Präsentation einer Studie zur Rolle der Unternehmen im Milizsystem (siehe Haupttext). Trump gewann die Wahl, so die gängige Leseart, weil die Politik den Draht zur Bevölkerung verloren hat. Und unser Milizsystem, so der hiesige Konsens, hält diese Verbindung aufrecht. Der perfekte Milizpolitiker soll also aus der Mitte des Volkes stammen, fest im Berufsleben stehen und das Nebenamt aus innerer Motivation und Interesse am Gemeinwohl ausüben.

Wie weit geht die Unterstützung?

Nur sind solche Leute immer schwieriger zu finden: Rund jede zweite Gemeinde bekundet Schwierigkeiten, geeignete Kandidaten für ihre Exekutiven zu gewinnen. Sind die Unternehmen an dieser Entwicklung mitschuldig? Die in Möriken präsentierte Studie stellt ihnen eigentlich ein gutes Zeugnis aus. Daniel Knecht, der Präsident der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer**, zweifelt die Repräsentativität der Resultate allerdings an. Der Goodwill werde mit einer Rücklaufquote von nur zehn Prozent vielleicht etwas überzeichnet, weil wohl vor allem jene Firmen an der Umfrage teilgenommen hätten, die sich sowieso mit dem Thema beschäftigten. Auch ist der Begriff «Unterstützung» ein fließender. «Firmen sagen häufig nicht, ihr könnt das nicht machen, aber wenn es dann um Beförderungen

geht, ist halt vielleicht ein anderer dran, der kein Milizamt ausübt», gab Hofmann zu bedenken.

Dafür, dass ein Milizamt mit beruflichem Aufstieg nicht immer vereinbar ist, hat Kurt Schmid, der Präsident des Aargauischen Gewerbeverbands, gar Verständnis. Es sei «ein brutaler Kampf da draussen in der Wirtschaft», sagte er. Deshalb könne einem Mitarbeitenden in einer Kaderposition nicht jeder Wunsch erfüllt werden. Im Gegenteil müsse dieser vielleicht bereit sein, für ein Milizamt einen Karriereschritt zurückzugehen - auf eine Stufe also, die mit einem Teilzeitpensum besser vereinbar ist.

Teilzeitpensum sind eine wichtige Voraussetzung für das Überleben des Milizsystems. Gleichzeitig markiert deren Aufkommen einen Paradigmenwechsel. Früher sei es für ein Unternehmen eine Ehre gewesen, Milizpolitiker in den eigenen Reihen zu haben, erklärte der Studienautor Reto Steiner. Entsprechend wurde für das Amt Arbeitszeit zur Verfügung gestellt. Heute hingegen wird vom Mitarbeiter erwartet, dass er sein Pensum reduziert - womit natürlich auch die Frage der Entschädigung der Milizarbeit an Bedeutung gewinnt. Bereits im September forderte die Aargauer Ammännervereinigung Lohnhöhungen für die Gemeindebehörden. Die Reaktionen aus der Bevölkerung darauf seien fast durchweg positiv gewesen, berichtete Renate Gautschy, die Präsidentin der Vereinigung, nun in Möriken. Eine generelle Erhöhung der Entschädigungen könne allerdings nicht die Lösung sein, vielmehr müssten diese stärker an konkrete Projekte geknüpft sein.

Einem weiteren globalen Ansatz - der Möglichkeit für Milizpolitiker, Steuerabzüge geltend zu machen - erteilte derweil Urs Hofmann eine Absage. Einerseits würde dies das System verkomplizieren, gab er zu bedenken. Und andererseits würden Leute mit hohen Einkommen wegen der Steuerprogression stärker profitieren. Vielmehr sei er dafür - und da widersprach ihm im Saal niemand - «anständige Entschädigungen zu zahlen».